

P O L I T I K II/1c8

Hannover, 19. Dezember 1947

Kommunisten in USA

Von Friedrich Stampfer, New York

Kommunisten in Amerika - das scheint ein Widerspruch in sich. Was soll die Partei ratloser Not und Verzweiflung in einem Lande, das Milliarden und Abermilliarden ausgeben kann, um der Not in anderen Ländern zu steuern? Das Urstaunen wäre in der Tat berechtigt, wenn der Kommunismus in Amerika eine Massenerscheinung wäre, was er aber bei weitem nicht ist. Seine Haupterscheinungsform in diesem Lande ist die eines snobistischen Salonbolschewismus, der mit den neuesten Kreationen der Mode und der Parfümindustrie die scheinbar "radikalsten" politischen Theorien verbindet. Auf jeden der echten Kommunisten, die es gibt, kommt ein Dutzend sogenannter "fellow travellers", Mitläufer; auch "innocents", Unschuldige genannt, weil ihnen ein Verständnis für die Tragweite ihres Verhaltens nicht zuzusprechen ist. Kommunismus in Amerika? Ja, ein so reiches Land kann sich eben alles leisten!

Neben dieser nicht allzu ernst zu nehmenden Sorte gibt es natürlich auch echte Kommunisten, die nach den in Europa bekannten Methoden in die Arbeiterbewegung einzudringen versuchen. Ihnen ist es gelungen, die Bildung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu verhindern, womit sie sich - wir nehmen gern an, unbewußter Weise - den Dank der weitesten kapitalistischen Kreise verdient haben. Außerdem hatten sie es fertig gebracht, sich in einigen Schlüsselstellungen des mit der American Federation of Labour konkurrierenden Gewerkschaftsverbandes, des Congress for Industrial Organisation, festzusetzen, aus denen man sie jetzt hinauswirft. Gewählt worden waren sie nicht wegen ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistenpartei, die sie meist sorgfältig verschwiegen, sondern wegen ihrer persönlichen Leistung, die freilich zumeist bloß aus der Kunst bestand, sich in den Vordergrund zu bringen.

Während des Krieges hatte das Grüppchen goldene Zeiten. Sie maönte patriotische "Feindesdruff"-Politik und Bundesfreundschaft mit den Sowjets. Besonders taten sich dabei die deutschen kommunistischen Emigranten hervor; sie verlangten - allerdings vergeblich - die Einsperrung der sozialdemokratischen Emigranten, die vor einem hemmungslosen Morgenthaukurs warnten.

Nach dem Kriege, mit der Zunahme der Spannungen zwischen Amerika und Rußland, änderte sich jedoch das Bild rasch. Die Abhängigkeit der Kommunisten von Rußland, vorher kaum beachtet, erschien nun als eine große Gefahr. Nun hatte man, wenn es zum Kriege kam, "den Feind im Land". Es begann in den Ämtern eine eifrige Suche nach Kommunisten, deren Verbleiben in einflußreichen Stellen jetzt als unverträglich mit der Sicherheit des Staates galt. Der parlamentarische Ausschuß "zur Untersuchung anti-amerikanischer Aktivitäten" ging aber noch ein paar Schritte weiter

und interessierte sich auch für kommunistische Einflüsse in der Privatindustrie. So kam es zu der berühmten Untersuchung der Hollywooder Filmindustrie, die viel Aufregung, gemischt mit Heiterkeit, hervorrief. Mehrere Filmgrößen gaben den Abgeordneten auf die Frage, ob sie Kommunisten seien, antworten, die leicht an einen bekannten bayerischen Ausspruch erinnern. Sie haben sich, nach dem geltenden Gesetz damit einer strafbaren Handlung schuldig gemacht, für die sie mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr verurteilt werden können. Die Verhandlungen werden im Januar beginnen, und es ist nicht schwer vorauszusehen, daß sie eine große Reklame sowohl für die Angeklagten als auch für den Kommunismus sein werden.

Dem Europäer, der politische und gerichtliche Auseinandersetzungen von ganz anderen Dimensionen gewohnt ist, mag dieser ganze Froeschmäusekrieg humoristisch erscheinen. Er hat aber auch seine ernste Seite, weil hier zwei Prinzipien der Demokratie in Konflikt miteinander geraten sind: das Recht des Parlaments, in alle Dinge hineinzuleuchten auf der einen Seite, und die Freiheit der Überzeugung auf der anderen. Die Schnelligkeit, mit der die Filmindustrie kapituliert hat, indem sie versprach, sie werde in Zukunft keine Kommunisten anstellen, kann den Anhänger der Gesinnungsfreiheit bedenklich stimmen. Er mag sich dabei dessen erinnern, daß die Verfassung von Weimar keine Verfolgung von Staatsbürgern wegen ihrer politischen Gesinnung gestattete.

Gegen einen staatlichen Zwang, politische Gesinnungen zu offenbaren, wunden sich nun auch hierzulande viele Männer und Frauen, die weit davon entfernt sind, Kommunisten zu sein. Ihnen ist es Ernst um die Freiheit, während die Kommunisten Freiheit verlangen, um die Freiheit der anderen zu vernichten. Auch wer über den Antikommunistenifer Amerikas den Kopf schüttelt und ihn hysterisch findet, wird sich von dem Propagandalärm der Kommunisten nicht beeindrucken lassen. Man lebt als Kommunist in Amerika immer noch bedeutend angenehmer denn als Antikommunist in der Russenzone Deutschlands.

Lehren der Englischen Nachwahlen

F.O.K. London

Das Tor von Lancaster-House ist geschlossen, die Auslandsgäste mehr oder weniger rasch abgereist. Der Londoner, der drei Wochen lang mit Hoffnung, Skepsis, auf jeden Fall aber interessiert zum Fenster des Verhandlungssaales hinaufgesehen hatte, schaltet von der Außenpolitik wieder um auf die innenpolitischen Vorgänge. Dabei stößt er auf Dinge, die von Königshochzeit und Außenministerkonferenz überschattet, nur windringlicher vor sein Auge treten als damals, da sie neben den ~~größten Ereignissen~~ nissen an sich nicht bedeutungsloser, aber eben doch relativ uninteressanter, als "Kitläufer" des Zeitgeschehens zwischen Lunch und der letzten Molotowrede registriert wurden. Nicht zuletzt gehört dazu der Sieg, den die Labour-Party in den Parlamentsnachwahlen von Gravesend und East Edinburgh nach hartem Wahlkampf gebucht hat und über deren politischen Gehalt man sich jetzt allmählich klar zu werden beginnt.

Diese Nachwahlen haben gezeigt, daß aus den Resultaten von Lokalwahlen keinerlei Schlussfolgerungen auf die politische Haltung der Bevölkerung Großbritanniens gezogen werden können. Am 1. November, bei den als "Rechtsdeutsch" interpretierten Kommunalwahlen, haben in Gravesend

die gegnerischen Parteien zusammen fast dreimal soviel Stimmen wie die Arbeiterpartei, nämlich 32 751 (gegen 11 467) bekommen und nicht weniger als fünf Sitze im Gemeinderat gewonnen. In der Parlaments-Wachwahl am 25. November wurden bei einer allerdings weit größeren Wahlbeteiligung 24 692 Stimmen für den Arbeiterkandidaten und 23 017 Stimmen für den Konservativen abgegeben. So wie 1945 hat hier die Arbeiterpartei 52 Prozent der Wählerschaft für sich, während in East Edinburgh der Prozentsatz von 56 im Jahre 1945 auf 51 jetzt fiel. Aber auch der Prozentsatz der für die Konservativen in East Edinburgh abgegebenen Stimmen sank von 37 im Jahre 1945 auf 34 in diesem Jahr, da beide Parteien einen Teil der Wählerschaft an den liberalen Kandidaten abgegeben haben.

Jedermann hierzulande weiß, daß die Arbeiterregierung von ausnahmslos allen Seiten - ganz gewiß sehr oft aus einander widersprechenden Gründen - scharf kritisiert wird. Aber Kritik, und selbst scharfe Kritik an der Regierung heißt hier noch nicht, daß man sie stürzen will. Und wenn die Wählerschaft auch nicht restlos befriedigt sein mag, so scheint sie sich doch weitgehend der Tatsache bewußt zu sein, daß unter einer konservativen Regierung das Land im Ganzen viel schlechter fahren und erge soziale Unruhe herrschen würde.

Bisher bestand große Gefahr, daß die Arbeiterregierung aus Furcht vor Unpopularität es versäumen könnte, die zur Überwindung der Nachkriegskrise nötigen harten Maßnahmen zu treffen. Diese Furcht hat sich nun ganz klar dadurch als überflüssig erwiesen, daß die Labour-Regierung nach beinahe zweieinhalbjähriger Amtsdauer noch keinen einzigen Sitz bei Nachwahlen verloren hat, ein seit mehr als 70 Jahren nicht dagewesener Rekord. Wenn die Gemeindevahlen gezeigt haben, daß die Arbeiterregierung nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen darf, dann haben die Parlaments-Wachwahlen im November gezeigt, daß sie es ruhig wagen darf, den Mut ihrer Überzeugung zu haben.

Weihnachtswunsch der Flüchtlinge

H.U. Weihnachten gilt nicht nur für Kinder als die Zeit der (noch so bescheidenen) Wünsche. Und bescheiden sind die Flüchtlinge geworden - auch wenn sie es bei ihrer Ankunft aus den deutschen Ostgebieten nicht immer waren.

Nur ein dürftiger Prozentsatz hat im erlernten oder ausgeübten Beruf Wurzel fassen können. Die Mehrzahl ist, trotz Diplomen, Meisterbriefen und Prüfungen sowie nachweislicher politischer Unbelastetheit in Fremdbereufen fast durchweg als "ungelernte Arbeiter" tätig. Sie nehmen es hin. Aber sie sind es müde, immer wieder mit-Ansehen zu müssen, wie Leidensgefährten mit ihren berechtigten Ansprüchen abgewiesen werden. Warum, so fragen sie sich, verfällt der Gewerbeantrag des Bäckermeisters aus dem Osten der Ablehnung, obwohl der ablehnende Gemeinderat gleichzeitig dem alteingesessenen Bäckermeister, der einerseits unter der "Überfülle der Arbeit" stöhnt, die Baugenehmigung samt Baustoffen zur Erweiterung seiner Betriebsanlagen erteilt? Warum muß der ausgeraubte Ruhestandsbeamte aus dem Osten sich mit der Hälfte seiner Pension begnügen, während der ortsenässige Pensionär die vollen Bezüge erhält, sich (zumeist) des Besitzes der eigenen Wohnung erfreut und obendrein über sein Bankkonto frei ver-

fügen darf, die weil die Bankguthaben des Ostflüchtlings eingefroren sind? Das sind nur zwei wahllos herausgegriffene Beispiele.

Die Flüchtlinge, die solche Einwände vorzubringen wagen, kennen bereits die Melodie, die ihnen von der stets spielbereiten Platte entgegenklingt: sie weiß etwas zu singen vom guten Willen zur Hilfsbereitschaft, und im Refrain kommt dann das Aber - die "geltenden Gesetze" und - "die Militärregierung". Aber die Ostvertriebenen wissen, daß es die Militärregierung war, die in ungezählten Fällen jene deutschen Stellen erst auf ihre primitivsten Menschenpflichten hinweisen mußte, und sie glauben nicht, daß die Militärregierung sich harthörig zeigen würde, wenn die Ansprüche der Flüchtlinge auf Gleichberechtigung von den dazu berufenen deutschen Stellen nur plausibel genug vorgetragen und die Durchführungsbestimmungen unmißverständlich begründet würden.

Die unabwendbare Entwicklung wird eines Tages über Paragraphenreiter und eifersüchtige Verteidiger vermeintlicher Vorrechte zur Tagesordnung übergehen - aber: wäre es nicht im Zeichen des Lichterbaus ein leuchtendes Fanal unerschütterlichen deutschen Lebensmutes, dieser Entwicklung zuvorzukommen und ein Beispiel wahrhafter Menschenliebe zu statuieren - ohne drakonische Maßnahmen, sozusagen unter Ausschluß des Rechtsweges? Die Ostvertriebenen glauben, daß solchen Beginnen auch die Militärregierung ihren Segen nicht versagen würde. Ihr Weihnachtswunsch von 1947 geht dahin, mit den Stammeinwohnern in Eintracht zusammenzuleben. Die Beseitigung ihrer heutigen Pariastellung ist dazu allerdings eine unabdingbare Voraussetzung.

Mietsteuer - sozial unmöglich Von Erich Alabunde, Hamburg

Zur Finanzierung des Wohnungsneubaus wird seit dem Zusammenbruch vielfach die Einführung einer Mietsteuer empfohlen. Ihr Ertrag soll nach den Plänen der Urheber der Neubaufinanzierung dienen. Die Urheber dieser Pläne gehen davon aus, daß die Wohnungsbewirtschaftung heutzutage praktisch in allen Wohnungen zu einer wesentlichen Beschränkung des Wohnraums geführt hat, denn die Wohnungskürter haben wohl überall mindestens einen Raum oder mehr für Ausgebombte und Flüchtlinge beschlagnahmen müssen. Es würde sich also darum handeln, daß der Mieter zwangsläufig für die Beseitigung der Einquartierungen sparen soll, der Hauptmieter der Wohnung würde aber nicht stärker belastet als vor dem Kriege, weil der Untermieter zu einem wesentlichen Teil die Miete des Hauptmieters mitbestreitet. Für die Beurteilung solcher Pläne sind nun Zahlen interessant, die in Hamburg bei der größten öffentlichen Wohnungsgesellschaft in 3251 Wohnungen ermittelt werden konnten. Hier ergab sich nämlich, daß Wohnungen von geringer Größe noch ganz überwiegend von einer einzigen Mietpartei bewohnt sind. Eine einzige Mietpartei bewohnte: 94,7 Prozent aller Wohnungen bei 1-Zimmerwohnungen, 63,4 Prozent aller Wohnungen bei 1 1/2-Zimmerwohnungen, 64,7 Prozent bei 2-Zimmerwohnungen, 45,4 Prozent bei 2 1/2-Zimmerwohnungen.

Das sind aber diejenigen Wohnungstypen, die der Arbeiter, der kleine und mittlere Angestellte oder Beamte bewohnen, während die Bezieher höherer Einkommen erfahrungsgemäß meist auch größere Wohnungen bewohnen. Die Mietsteuer hätte also eine Folge, die die Urheber

der Pläne meist nicht beabsichtigt haben. Sie würden nämlich eine einseitige Steuer gegen die gering verdienenden Bevölkerungskreise sein, denen über den Umfang der Friedensmiete hinaus eine Beeinträchtigung des Reallohnes zugemutet wird. Dagegen wären die Inhaber größerer Wohnungen, die inzwischen fast durchweg Binqpartierungen von Untermietern erhalten haben, in der angenehmen Lage, die Mietsteuer, ja sogar noch erheblich mehr, von ihrem Untermieter einzuheben.

Die Mietsteuer hätte aber auch regional ganz verschiedene Auswirkungen. Die Pläne dafür sind in stark zerstörten Großstädten entstanden. Aber schon in Hamburg, einer der am stärksten zerstörten Städte, liegen die Voraussetzungen eigentlich nicht vor, wie die obige Statistik zeigt. In noch viel stärkerem Maße fehlen sie dort, wo die Zerstörungen gering oder ganz ausgeblieben sind. Dort ist die Bevölkerung wohnungsmäßig günstiger gestellt. Das gilt nicht nur für den größten Teil der französischen Zone, es gilt auch für Berlin, für fast alle Klein- und die meisten Mittelstädte. Hier würde die Mietsteuer, da die erzwungene Mieteinsparung durch Wohnungsbeschlagnahme seltener ist, die wohnende Bevölkerung noch stärker treffen.

Wegen der sozialen Auswirkungen wird man daher den Gedanken der Mietsteuer kaum noch vertreten können.

Selbstenthüllung

In Berlin hat vor einiger Zeit ein politischer Beauftragter der SMA für Pressefragen eine Konferenz in kleinem Kreise abgehalten, über die wir einige recht-aufschlußreiche Einzelheiten erfahren haben.

Es ging dabei um die Fixierung von Richtlinien, die für die Grundeinstellung der in der SED-Presse führenden Redakteure maßgebend sein sollen. Sie enthüllen einige äußerst bemerkenswerte Formulierungen, wobei es interessant ist, festzustellen, daß die Wendung "die Stellungnahme der Sowjetunion und der SED" immer wiederkehren. In ihrem Kern besagen die Hinweise, daß der Marshallplan nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen abzulehnen sei. Er sei dazu angetan, "den europäischen Nationen die Möglichkeit zu geben, friedlich in den Sozialismus liberaler Prägung" hineinzuwandern, einem Sozialismus also, der dem Marx'schen und Lenin'schen weltweit entfernt sei. Es könnten mit Hilfe des Marshall-Plans sozialistische Ideen durch sozialdemokratische Regierungen in Europa verwirklicht werden, die Kraft genug hätten, auf Amerika zurückzustrahlen. Das müsse jedoch verhindert werden, da die USA als das zur Zeit kapitalistisch am höchsten entwickelte Land von außen her gezwungen werden müsse, den kapitalistischen Weg konsequent zu Ende zu gehen. Die europäischen Arbeiterklassen dürfen kein Interesse daran haben, einem kapitalistischen Land bei der Suche nach einem Ausweg aus seiner Krise behilflich zu sein, und sie müßten deshalb den Marshall-Plan ablehnen.

Praktisch heißt das, daß der Marshall-Plan den hungernden Völkern Europas durch seine Hilfe bringen könnte, das aber nicht darf, weil er damit die Situation und das Ansehen Amerikas stärken und außerdem die Gefahr mit sich bringen würde, daß dieses Amerika durch die Kraft sozialdemokratischer Regierungen in Europa fortschrittlichen (im Sinne antikapitalistischer) Ideen zugänglich gemacht werde. Das alles muß verhindert werden, weil damit Gefahr für den autoritären Staatssozialismus östlicher Prägung verbunden

ist, dem das eigene diktatorische Prinzip alles, das Leben und eivemöglichst weitreichende persönliche Sicherung des einzelnen nichts sind. Hier ist einmal durch eine Indiskretion der Schleier gelüftet worden, den die Propagandisten der kommunistischen Weilsarmee um ihre wahren Absichten und Motive gelegt haben. Die Enthüllungen selbst bringen nichts wesentlich Neues. Wichtig ist an ihnen lediglich, daß sie voll authentisch sind.

- u

Die Sprache des Terrors

Aus einer Rede, die der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Lehagen-Bassel, jetzt Vorsitzender der SED in Leipzig, dort am 9.10.47 hielt.

"Wer nicht mit uns geht, sondern mit den reaktionären Kräften, wird in unserer Zone rücksichtslos liquidiert und vernichtet... Wir erlassen in den nächsten Wochen Befehle und Gesetze, die geeignet sein werden, den anderen das Hören und Sehen vergangen zu lassen. Künftig werden Bezugscheine und Lebensmittel nur in den Betrieben zur Verteilung kommen. Ihr werdet Euch noch wundern... Was Ihr heute denkt, ist mir vollkommen gleichgültig, Uns wird niemand beirren. Die Zeit des Sprechens ist vorbei, und wir werden Mittel und Wege finden, die Schandtäuler zum Verstummen zu bringen. Durch zweieinhalb Jahre haben wir das Reden geduldet, jetzt wird damit endgültig Schluß gemacht".

(b/B1/1912/1/hs)

Italienische Auswanderung

M. Rom, im Dezember

Vor dem Kriege waren Italien und Polen die größten Auswanderungsländer. Eine polnische Auswanderung gibt es jetzt nicht, es wandern sogar Polen, die früher ihre Heimat verließen, dort hin zurück, u.a. 50.000 aus Frankreich. In Italien hat dagegen die Auswanderung wieder eingesetzt. Wie das Statistische Zentralamt in Rom bekannt gab, sind in den ersten acht Monaten 1947 110.541 Italiener nach europäischen und südamerikanischen Ländern ausgewandert. Den größten Anteil stellte die Lombardei, während vor dem Kriege Süditalien den Hauptteil der Auswanderer stellte. So kann angenommen werden, daß es sich diesmal vor allem um Arbeiter, weniger um Landwirte handelt. Doch berichtet darüber das genannte Amt nicht, wie es auch nicht die Zielländer näher angibt. Man weiß jedoch, daß es sich hauptsächlich um Argentinien und Brasilien handelt.

Verantwortlich: Peter Baumau